

Die Baugewerkschaft

Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2,— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 2,40 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.
Schluß der Redaktion: Montag, morgens 8 Uhr.

Herausgegeben vom Vorstandsvorstand.

Geschäftsstelle: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Fernsprecher: Amt Königstadt, Nr. 4337.

Postcheck-Konto der Hauptkassa 9367 Berlin.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Anzeigenpreis: Inerate 60 Pl., Reklame 1,30 Mk.

Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

Nummer 45.

Berlin, den 9. November 1913.

14. Jahrgang.

Zur Wirtschaftslage

Ueber die allgemeine Wirtschaftslage herrscht in unserer öffentlichen Meinung gemeinhin recht wenig Klarheit. Das Unternehmertum hat vielfach ein Interesse daran, die Konjunktur nach außen hin geringer erscheinen zu lassen als sie in Wirklichkeit ist. Der nächste Beweggrund hierfür ergibt sich aus dem Bestreben, die Forderungen der Arbeiter möglichst niederzuhalten. Die zu diesem Zwecke besonders von dem Großkapital betriebenen fortwährenden Beeinflussungsversuche der Öffentlichkeit sind nicht wirkungslos geblieben. Besonders die kleine Provinzpresse nimmt kritiklos auf, was ihr von dieser Seite suggeriert wird. So ist es dahin gekommen, daß in bezug auf Stand und Aussichten der allgemeinen Wirtschaftskonjunktur die öffentliche Stimmung nun schon seit Monaten überwiegend gedrückt und pessimistisch ist. Eine leichte Flaue, die mit dem März einsetzte, inzwischen aber schon wieder einer Erholung gewichen ist, genügt vielen Leuten, um sich einzureden, nun stecken wir in der Wirtschaftskrise bereits mitten drin. Demgegenüber dürfte es angebracht sein, einmal an Hand einiger Tatsachen aus der Wirtschaftsstatistik zu zeigen, was nun eigentlich ist.

Da liegen zunächst die amtlichen Zahlen des deutschen Außenhandels von den ersten neun Monaten (Januar bis September) 1913 vor. Sie ergeben in der Wareneinfuhr eine außerordentlich starke Steigerung. Dem Gewicht nach haben sich nämlich unsere Wareneinfuhr von Januar bis September 1913 der gleichen Zeit des Vorjahres gegenüber von 48 021 666 Tonnen (à 20 Zentner) auf 54 694 417 Tonnen gesteigert. Der Wert der Ausfuhr stieg gleichzeitig von 6398 Mill. Mk. auf 7422,4 Mill. Mk. Das bedeutet eine Steigerung um 1114,4 Mill. Mk., gewiß ein stattliches Ergebnis. Auch die Wareneinfuhr nach Deutschland ist gestiegen, jedoch lange nicht in dem gleichen Maße wie die Ausfuhr. Sie betrug in den ersten neun Monaten 1913 53 848 850 Tonnen gegen 52 144 852 Tonnen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Dem Werte nach ist das eine Steigerung der Wareneinfuhr von 7869 Mill. Mk. auf 7881,1 Mill. Mk. Um einen Vergleich zu ermöglichen, seien die entsprechenden Zahlen aus den beiden vorhergehenden Jahren angefügt. Danach betrug im auswärtigen Handel Deutschlands dem Werte nach (in Mill. Mk.):

	die Einfuhr			die Ausfuhr		
Januar bis September	1911	1912	1913	1911	1912	1913
	7069	7869	7881	5910	6398	7422

Nicht weniger erfreulich hat sich unsere Edelmetallbewegung entwickelt. An Gold und Silber blieb die Ausfuhr mit 85,9 Mill. Mk. gegen 84,3 Mill. Mk. von Januar bis September 1912 ziemlich unverändert, dagegen stieg der Wert der Einfuhr an Edelmetall von 242,4 Mill. Mk. auf 345 Mill. Mk. Ueberhaupt hat sich der deutsche Geldmarkt in den letzten Wochen wesentlich gebessert; ja, in mancher Hinsicht ist das Bild desselben wesentlich besser wie in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Begleichung der ungeheuer umfangreichen Kreditsummen am Ende des dritten Quartals, die jedesmal mit besonderen Schwierigkeiten verknüpft sind, ist für unsere Zentralbank, die Deutsche Reichsbank, diesmal leichter vonstatten gegangen, als in der gleichen Zeit im Vorjahre. Der Goldbestand der Reichsbank ist noch nie so hoch gewesen wie gegenwärtig. Insgesamt beträgt der eingeflossene Edelmetallbestand der Bank gegenwärtig rund 1496 (vor Jahresfrist 1200)

Mill. Mk.; davon sind 1220 Millionen Gold, der Rest Silber. Der Goldbestand allein ist jetzt um 333 Mill. Mk. höher, als vor einem Jahre. Allerdings muß zugegeben werden, daß der hohe Bargeldbestand der Reichsbank ziemlich teuer erkauft ist; denn fast ein Jahr lang, seit dem 14. November vorigen Jahres, stand der Reichsbankdiskont unverändert auf dem ungewöhnlich hohen Satz von 6 Proz. Dadurch wurde unser Wirtschaftsleben außerordentlich belastet, und es haben sich Volkswirtschaftler gemeldet, die die Frage stellten, ob der volkswirtschaftliche Gewinn, den ein möglichst hoher Metallbestand der Reichsbank zweifellos bedeutet, in diesem Falle nicht etwa mit zu großen Opfern erkauft sei. Inzwischen ist ja nun die lang ersehnte Erleichterung gekommen; am 27. Oktober hat die Reichsbank den Diskont von 6 auf 5½ Prozent und den Lombardzinsfuß von 7 auf 6½ Prozent herabgesetzt. Die allgemeinen Verhältnisse am Geldmarkt hatten sich so weit gebessert, daß die Reichsbank unbedenklich diesen Schritt tun konnte. Man wird sich der Bedeutung deselben erst recht bewußt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß in dem gleichen Moment die Bank von London eine weitere Diskonterhöhung ins Auge faßte, nachdem sie schon am 2. Oktober eine solche hat vornehmen müssen. Auch der Zeitpunkt, in dem die jetzige Zinsfußermäßigung erfolgte, die Jahreswende, muß außerordentlich genannt werden. Mehr als dreißig Jahre, bis auf den 29. November 1881, muß man zurückgehen, wo sich ein Gleiches ereignet hat. In den folgenden zweiunddreißig Jahren mußten wir es aber stets erleben, daß die Reichsbank im September-Oktober mit Diskonterhöhungen kam. Zu dem nunmehr eingetretenen Umschwung hat allerdings die ausnehmend günstige Zahlungsbilanz im September nicht unwesentlich beigetragen. In diesem Monat hatten wir nämlich die bedeutende Tatsache zu verzeichnen, daß erstmals der Wert der Ausfuhr größer war als die Einfuhr.

Ueber den volkswirtschaftlichen Nutzen und die Zweckmäßigkeit der von der Reichsbank vorgenommenen Zinsfußermäßigung gehen allerdings die Meinungen der Finanzfachverständigen sehr auseinander, wenigstens so weit der Zeitpunkt, in dem sie erfolgte, in Frage kommt. Das Handelsblatt der „Köln. Volksztg.“ vertritt die Meinung, daß die jetzige Herabsetzung so gut wie nutzlos sei; man hätte ruhig bis zum Beginn des nächsten Jahres warten können. Man hätte höchstens Hoffnungen erweckt, die sich noch nicht verwirklichen könnten. In der Herstellung und im Handel mit Waren, besonders auch im Handwerk sei keine Wirkung der Herabsetzung des Zinsfußes der Reichsbank zu verspüren. Die Kreise, die besonders für die Herabsetzung eingetreten seien, hätten übersehen, daß eine Veränderung des Zinsfußes nur dann wirklichen Erfolg nach dieser oder jener Seite hin zeitigen könne, wenn es sich mindestens um ein volles Prozent handelt. Die Hauptgefahr für den Berliner Markt aber liege in der wachsenden Wahrscheinlichkeit, daß die Ansprüche Amerikas, wo sich starke Geldknappheit zeigt, nunmehr von London nach Berlin abgedrängt werden könnten. Was dieses letztere Moment anbetrifft, so urteilt Herr Geheimrat Helffrich, Direktor der Deutschen Bank, optimistischer. Er ist der Ansicht, daß der angesammelte hohe Goldvorrat schon eine erhebliche Finanzgriffnahme übertragen könne, ohne daß deshalb der Zinsfuß wieder heraufgesetzt werden braucht. In den leitenden Kreisen der Reichsbank, so erklärte Helffrich, gebe man sich der Hoffnung hin, bis zum Ende des Jahres mit dem augenblicklichen Satze von 5½ Prozent auszukommen und vielleicht im Frühjahr eine weitere Her-

absetzung eintreten zu lassen. Das letztere wäre ja nun gewiß sehr erfreulich, besonders mit Rücksicht auf das Baugewerbe, aber man wird gut tun, vorläufig nicht zu große Hoffnungen nach der Seite hin zu hegen; auch im übrigen vermögen wir den Optimismus des Herrn Bankdirektors nicht ganz zu teilen.

Daß das Baugewerbe von der eingetretenen Erleichterung in diesem Jahre noch etwas verspüren wird, daran glauben wir nicht. Dafür kam sie zu spät. Ob die von verschiedenen Seiten ausgesprochene Hoffnung, daß zum Beispiel die Behörden jetzt leichter zu Gelde kommen und die in Auftrag gegebenen Bauten nun bald glatt erledigt werden, sich erfüllen wird, muß abgewartet werden.

Für die Bewegung des Inlandsmarktes geben einen gewissen Anhaltspunkt die Neugründungen und Kapitalerhöhungen der Aktiengesellschaften und Gesellschaften m. b. H. Hier ist bemerkenswert, daß auf die unfreiwillige Zurückhaltung im ersten und zweiten Quartal dieses Jahres die Kapitalansprüche der Akt.-Ges. und Gesellschaft m. b. H. im dritten Quartal in verstärktem Maße hervorstraten. Besonders die Monate Juli und September brachten eine recht bemerkenswerte Zunahme der gewerblichen Neuinvestitionen. Es betrug nämlich nach der „Frl. Ztg.“ die Gesamtsumme des für Neugründungen und Kapitalerhöhungen der Akt.-Ges. und Ges. m. b. H. aufgewendeten Kapitals in 1000 Mark:

	1909	1910	1911	1912	1913
I. Quartal	297 758	283 666	324 560	430 594	222 373
II. "	291 577	324 525	345 524	389 445	297 258
III. "	248 849	240 855	252 551	230 845	303 378
IV. "	295 810	391 011	271 493	308 736	—
Ganzes Jahr	1 133 994	1 240 057	1 194 128	1 359 620	—
I.-III. Quart.	838 184	849 046	922 633	1 050 884	828 007

Im September d. J. belief sich die Summe der Kapitalneuinvestitionen auf 119,57 Mill. Mk. gegen nur 52,97 Mill. Mk. im vorjährigen Vergleichsmonat. Indessen ist, wenn man die ersten neun Monate 1913 heranzieht, gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres ein nicht unwesentlicher Rückgang eingetreten. Betrug in der Vergleichsperiode 1912 die Summe der Neuinvestitionen gegen 1050,88 Mill. Mk., so wurden im laufenden Jahre nur 828,01 Mill. Mk. zu Neugründungen bez. Kapitalerhöhungen verwandt. Doch dürfte für die nächste Zukunft ein ziemliches Anwachsen der Neuinvestitionen zu erwarten sein. Was bei den gesteigerten Kapitalansprüchen im dritten Quartal d. J. hervorgehoben zu werden verdient, ist, daß die Zunahme nicht durch einige zufällig zunehmende große Kapitalerhöhungen herbeigeführt wurde, sondern daß sich in fast allen Gewerbegruppen und bei beiden Gesellschaftsformen eine gleichmäßige Zunahme der Unternehmungslust zeigt. Denn das letztere bedeuten doch die Kapitalneuinvestitionen, wenn auch gewiß nicht in allen Fällen. Besonders zahlreich waren die Neugründungen (im 3. Quartal) im Nahrungsmittel- und Genussmittelgewerbe, bei den Bau- und Terrangeseellschaften und in der Textilindustrie. Das Baugewerbe für sich zeigt folgende Bewegung:

Baugewerbe	Neugründungen				Kapitalerhöhung			
	III. Quartal 1913	II. Quartal 1913	III. Quartal 1912	II. Quartal 1912	III. Quartal 1913	II. Quartal 1913	III. Quartal 1912	II. Quartal 1912
I. Aktiengesellschaften	8	4896	1641	2300	3	675	—	5600
II. Gesellschaft m. b. H.	153	7258	12491	8796	17	6562	1176	736

Insgesamt betrug das im Baugewerbe im dritten Quartal 1913 neuinvestierte Kapital 19,391 Mill. Mark gegen 15,308 Mill. Mark im zweiten Quartal 1913 und 18,731 Mill. Mark im dritten Quartal 1912. Also immerhin eine Besserung, gegen das zweite Quartal eine wesentliche sogar. Praktisch dürfte sie jedoch kaum ins Gewicht fallen. Beim Baugewerbe liegt das Uebel tiefer, als daß ihm mit ein paar Millionen Neuinvestitionen aufgeholfen werden könnte.

Was die allgemeine Geschäftslage der Aktiengesellschaften im ersten Halbjahr 1913 anbetrifft, so ist nach der „Köln. Ztg.“ das Mehr an Zahl der Gesellschaften der vorjährigen Vergleichsperiode gegenüber nicht ungünstig; anders hingegen sei es, wo das Kapital in Frage steht. Insbesondere die eigentlichen Kapitaländerungen gaben ein wenig erfreuliches Bild von der Lage des Kapitalmarktes. Doch träte aus den Ziffern für die letzten Monate der Berichtszeit die Neigung zu neuen Kapitalanlagen wieder etwas mehr hervor.

Daß die deutsche Eisenindustrie, speziell die Hoheisenerzeugung, glänzende Zeiten durchgemacht hat und noch hat, erwähnten wir schon früher. Es betrug die deutsche Hoheisenproduktion in den letzten Jahren: 1909 12917633, 1910 14793325, 1911 15557030, 1912 17852571 Tonnen. Im laufenden Jahre betrug in den ersten neun Monaten die Hoheisenerzeugung 1443405 Tonnen gegen 13115802 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres. =

Warnen möchten wir aber davor, aus den vorliegenden tatsächlichen Feststellungen nun große und weitgehende Schlussfolgerungen zu ziehen. Man könnte enttäuscht werden. Denn auch das muß gesagt werden, daß bezüglich der Aussichten für das kommende Jahr zum mindesten Unsicherheit besteht. Was wir mit unseren Darlegungen bezwecken, war der Nachweis, daß in diesem Jahre schon von einer Krise sich allerdings noch nicht die Rede sein kann. Im übrigen pflichten wir dem Zentralblatt bei, das in einer seiner letzten Nummern urteilte: Allgemein betrachtet, liegt kein Grund zur übertriebenen Schwarzseherei vor. In einigen Gebieten, z. B. in der Holz- und in der Textilindustrie wie im Baugewerbe, läßt die Geschäftslage zwar schon längere Zeit viel zu wünschen übrig. Man muß sich aber vor Hebertreibungen und Verallgemeinerungen hüten, weil damit keinesfalls etwas gefördert werden kann. Optimismus ist sowohl der Volkswirtschaft wie auch der Arbeiterbewegung dienlicher wie Pessimismus, zumal, wenn für letzteren noch keine stichhaltigen Gründe vorhanden sind.

Die Ohnmacht

Mit 111 Mann hoch ist jetzt die sozialdemokratische Partei im Deutschen Reichstag vertreten. Deutschland geriet damit den „Dorfg“, die stärkste sozialdemokratische Partei der Welt zu besitzen. Ob das ein Gewinn oder Verlust für den prächtigen Ballonbau am Königsplatz ist, wollen wir unerörtert lassen. Die drei bis jedoch etwa so dargestellt: 1-1-1=0, scheinen es die Hauptmerkmale der Bedeutung dieser Partei im Interesse der Arbeiterschaft und anderer von irgendwelchen Hoffnungen getragenen Menschen am besten zu charakterisieren.

Wenig Hoffen und Schmen hat sich an das Ereignis, die Sozialdemokratie als stärkste Partei in den Reichstag einzuführen zu sehen, geknüpft. Millionen von Menschen haben sich in diesem Sinne verzehrt. Ihr Bestes und Edelstes haben sie dafür geopfert, Tag und Nacht gearbeitet, treppauf, treppab gewandert, alles haben sie den einen untergeordnet. Und sie haben das größte Ziel erreicht, die Sozialdemokratie ist mit 111 Mann hoch die stärkste politische Partei im Deutschen Reich geworden.

Was nun? Diese mächtigen Menschen gehen plöcklich an sich, wie jemand, der aus einem schmerzlichen Traum erwacht. Was Besinnung, ist's Wirklichkeit? Da sind ihre Hoffnungen, ihre Wünsche geblieben, deren Verwirklichung sie so nahe glaubten? Ist's Wirklichkeit, daß das verheißene goldene Zeitalter noch genau, ja, vielleicht noch weiter als jemals eulfernt ist? Die schon horten sich doch all die Versprechungen an, die von den sozialdemokratischen Agitatoren mit des Rufes voller Gewandtheit in die Welt geschmeißelt wurden! Die guten Deutschen! Sie sind so brav und glaubensstark. Und sie glauben, sie werden von diesen in das geliebte Land, wo ... nicht, auf dem geschützten Berg hineingeführt. Und nun ... tätliche Arbeit in seinem ganzen Gewand - genau wie damals, nichts hat sich geändert, es ist alles geblieben wie früher. Auch der 111.

Das Verhängnis schreitet schnell. Es gibt wohl kaum einen strengerer Richter als unsere Sozialdemokratie. Was wollte sie nicht alles leisten, wenn sie, die schwächere Partei, in der Haut der stärkeren stecke. Für alles, was nicht erreicht werden konnte, wurden die großen Parteien verantwortlich gemacht. Diese brauchten nur zu wollen, brauchten nur von ihrer Macht Gebrauch zu machen, und Regierung und Reichstag würden zu einem Disziplin des sich. Selten ist so viel in „stillscher Entrüstung“ gemacht worden, wie von der sozialdemokratischen Partei, als sie noch klein war gegen die ihr zahlenmäßig überlegenen Parteien. Mit der wachsenden Spottes wurden sie von ihr übergossen, in tausenden Volksversammlungen wurden sie als der Ausbund aller Schlechtigkeit, Niedertracht, Hinterhältigkeit usw. dargestellt. Und die braven glaubensstarken „Parteiengenossen“? Undächtig lauschten sie den Reden der anscheinend über das getretene Recht im Innern empörten Agitatoren. Sie ließen sich in Wallung bringen, in Zorn und Empörung über die Schlechtigkeit der anderen hineintreiben. Sie berauschten sich an der zur Schau getragenen Stärke der roten Volkstribunen und verknüpften damit die heiße Hoffnung: Wenn der erst mal ans Ruder kommt, wird's besser. Der kann's, der hat's Zeug dazu - er redet aber auch zu schön. So betörten sich die einfältigen Leute selbst.

Für die sozialdemokratischen Agitatoren war das eine goldene Zeit. Sie fühlten sich unter der absoluten Verantwortungslosigkeit wie die Fische im Wasser. Sicher dachte August Bebel an diese goldene Zeit, als er in Hamburg sich recht wenig Abgeordnete, aber eine Million Wähler mehr wünschte. So geht's heute nicht mehr. Die Sozialdemokratie kann sich heute nicht mehr hinter die anderen vertrieben, sie ist die stärkste Partei geworden, und sie muß jetzt zeigen, was sie kann. Sie muß praktische Politik treiben im Interesse der Arbeiterschaft, Futter bei die Fische gebracht, heißt es jetzt. Die vielen, fast unglaublichen Versprechungen soll sie jetzt einlösen, oder sie ist als Betrügerin der Armen und Unterdrückten, als deren Anwalt sie sich aufspielt, entlarvt.

Manchem sozialdemokratischen Abgeordneten tritt bei diesen Gedanken der Angstschweiß an die Stirne. Und so erscholl es erst ganz leise, um allmählich zu einem heiseren Chor anzuschwellen: Noch sind wir ohnmächtig im deutschen Reichsparlament, denn von 397 Abgeordneten haben wir nur 111. Also wieder ohnmächtig. Besser würde es heißen unfähig. Nach dem eigenen Rezept von früher muß der stärksten Partei alles möglich sein. Sie muß die politische Führung im Parlament übernehmen und muß bei gesetzgeberischen Entscheidungen von ausschlaggebender Bedeutung sein. Kann sie das nicht, gibt sie sich der Säckerlichkeit preis. Tatsächlich haben wir den sozialdemokratischen Goliath im Reichstag, der mit den Füßen droht und mit geschwollenen Backen faucht, aber er heißt nicht, er ist total unfähig. Und so ist denn in seiner Gegenwart die größte Mißverständnislage angenommen worden, die je an den Deutschen Reichstag gelangt ist. Und dieses in einer Einmütigkeit wie nie zuvor. Ja, der sozialdemokratische Goliath stimmte sogar noch für die für den vermehrten Militarismus notwendigen neuen Steuern. Aus purer Angst vor dem „nationalen Faktor“ konnte er sich noch nicht einmal zu einer kleinen Obstruktion aufschwingen.

Die sozialdemokratische Partei ist ohnmächtig, weil sie nicht die absolute Mehrheit im Reichstage besitzt! Ein schlechter Trost für die braven, glaubensstarken Parteiengenossen im Lande. Ein Wechsel auf die Zukunft wie alle anderen. Von 14,2 Millionen Wahlberechtigten im Deutschen Reich im Jahre 1912 wählten 12,2 Millionen ihre Wahlrecht aus. Die Sozialdemokratie erhielt etwa 4,2 Millionen Stimmen. Bis zur Mehrheit der Stimmen für die Sozialdemokratie ist es somit noch sehr weit, diese Stimmenzahl war überhaupt nur unter der Reichsfinanzreform zu erreichen. Die sozialdemokratischen Referendeure sind, so kann mit gutem Grund angenommen werden, erschöpft. Ja, es zeigt sich jetzt sogar eine rückläufige Bewegung. Bei den bisherigen Landtagswahlen hat die sozialdemokratische Partei 11 500 Stimmen verloren, bei einer Neuwahl in Thüringen über 2000. Die Parteiorganisation stellt, die Abmuentenziffer der sozialdemokratischen Presse ist gesunken. Sie hat die bisherige Parteileitung gemeinsam über eine mangelnde jugendliche Kraft, dass sie die in 1900 mit der Reichsfinanzreform. Also nicht auf die innere sieghafte Kraft des sozialdemokratischen Parteiprogramms baute die bisherige Parteileitung ihre Hoffnung, sondern auf Menschlichkeiten, die sich zu einer früh-jugendlichen Reife bringen ließen. Ja, ja, die Sozialdemokratie ist alt geworden.

Was die sozialpolitischen Erfolge der sozialdemokratischen Partei ... die doch erwartet, daß, nachdem sie mit 111 Mann hoch, in den Reichstag einzog, der sozialpolitische Karten erst recht

ins Rennen komme. Ja, Kuchen, er scheint total eingetrocknet zu sein. Und noch selten haben die Scharfmacher aller Couleur so Sturm gelaufen gegen die Sozialpolitik wie heute, wo wir als stärkste Partei die Sozialdemokratie im Reichstage haben. Das zeugt von wenig Respekt vor dem starken roten Mann.

Und wenn wirklich einmal die Sozialdemokratie im Reichstag die Mehrheit bekäme, woran wir natürlich nicht glauben, würde es dann etwa besser werden wie heute? Wer daran glaubt, muß mehr als ein großes Kind sein. Dann wird genau so mit Wasser gelocht wie heute, und es wird auch nur Treiber und Getriebene geben, nur daß die Treiber den Zylinder mit der Ballonmilch vertauschen. Letzteres ist nur bildlich gesprochen, aber die neuen Treiber würden auch wahrscheinlich zum Zylinder greifen.

Die sozialdemokratische Partei bietet das Bild der vollendeten Ohnmacht. Ihre Negation des Bestehenden macht sie hilflos und unfruchtbar. Groß war sie in der Kritik, allmählich aber gewinnt diese Haltung einen üblen Geschmack. Besser soll sie machen, was sie bisher in Grund und Boden verdammt hat. Die brave, glaubensstarke rote Parteigemeinde erwartet Taten, große, bescheidene Taten: - - Kinder, seid vernünftig, noch haben wir nicht die Mehrheit. Seid geduldig und verständig, allein können wir auch nichts machen. Aber später wird's besser und schöner. - Die glaubensstarke Gemeinde wirft einen zweifelnden Blick auf die Propheten - es dämmert ihr etwas - die Ohnmacht der sozialdemokratischen Partei.

Alle diese Gedanken kamen uns, als wir in der sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftspresse, darunter auch im „Grundstein“, einen Artikel fanden, betitelt „Die Mannhaften“. In demselben wird die Erfolglosigkeit der christlich-nationalen Arbeiterbewegung nachzuweisen versucht. Mit wenig Geschick, aber mit um so mehr Phantasie. Wir verstehen, wenn die Sozialdemokratie in ihrer Unfruchtbarkeit und Hilflosigkeit zu Ablenkungsmanövern greift. Denkende Arbeiter täuscht sie damit nicht.

Mehr Mitarbeiter!

Die gewerkschaftliche Organisation kann ohne die genügende Anzahl tüchtiger und fleißiger Mitarbeiter nicht vorankommen. Wo sie fehlen oder versagen, muß das Organisationsleben verflachen oder gar ins Stocken geraten. Ohne arbeitsfreundige und geschulte Vertrauensmänner, die das Organisationsinteresse auch unter den Launen und Gleichgültigen wachzuhalten wissen, die unsere Prinzipien geschickt verteidigen, und die immer und überall bereit sind, wo die Organisation sie gebraucht, werden unsere Segnen auf den Arbeitsstellen leicht gewonnenes Spiel haben. Ohne eifrige Vertrauensmänner wird die Zahl der Neuaufnahmen immer ungenügend sein, und die Neugewonnenen gehen in sehr vielen Fällen nur dadurch wieder verloren, weil sie gar nicht oder von solchen Vertrauensmännern bedient werden, die es mit der übernommenen Pflicht nicht gewissenhaft genug nehmen. Ohne geschulte und opferbereite Vertrauensmänner auf den Arbeitsstellen kann der berufliche Arbeitserfolg nicht durchgeführt werden. Die Bestimmungen des Tarifvertrages werden am leichtesten da umgangen, wo den Kollegen am Bau der geschickte Anwalt ihrer Interessen in Person des Vertrauensmannes (Arbeitsleiter) fehlt. Kurz, für alle Zweige unserer agitatorischen und praktischen Tätigkeit brauchen wir Mitarbeiter, sie sind für ein gedeihliches gewerkschaftliches Wirken geradezu unerlässlich. Deshalb ist die Forderung auch so dringlich: Mehr Mitarbeiter im Dienste unserer Sache!

Wir gebrauchen Mitarbeiter in den Vorständen. Wo in einer Zahlstelle alle Arbeiten auf einer einzigen Person ruhen, ist's allemal gefehlt. Ist der betreffende Kollege eine wirklich tüchtige, arbeitsfreundige Kraft und unterzieht er sich den vorliegenden Arbeiten mit Eifer und Geschick, so sind doch die Opfer persönlicher und materieller Art, die damit nun einmal verbunden sind, zu groß, als daß sie ein einzelner auf die Dauer tragen könnte oder möchte. Er wird vor allem seiner Familie zuviel entzogen, und die Folge davon ist, daß sich der Widerstand der Frau bemerkbar macht. Das führt dann dahin, daß selbst der Rührigste allmählich in feinem Eifer erlahmt. Erst recht aber taugt es nicht, wenn alle Arbeiten einem Kollegen aufgebürdet werden, der denselben, sei es aus mangelndem Pflichtgefühl oder aus Unvermögen, in keiner Weise gewachsen ist. Wohin ein solcher Zustand führt, muß man in den Jahresberichten der Verwaltungsstellen nachlesen, wo es in Duzenden Fällen mit lakonischer Kürze heißt: „Die und die Zahlstelle ist infolge der Interesslosigkeit der Mitglieder eingegangen.“ Also mehr Mitarbeiter in den Vorständen! Wie lasse man es zu, daß auf dem Vorsitzenden zugleich die Obliegenheiten des Schriftführers, des Kassierers und womöglich auch noch des Hauswarters und wer weiß was sonst noch lasten. Das schlägt wie zum Guten aus. Entweder er macht das eine

und vernachlässigt das andere, oder, und das ist das wahrscheinlichere, es fehlt bei allem die erforderliche Gründlichkeit, Arbeitsleistung, und zwar im weitesten Umfange, das ist auch in der gewerkschaftlichen Arbeit das den Erfolg verheißende Zauberwort.

Wir gebrauchen mehr Mitarbeiter im Hauskassiererwesen. Warum ist es denn heute vielfach so schwer unüberwindlich schwierig, einen Kollegen zur Uebernahme eines Hauskassiererpostens zu bewegen? In erster Linie doch nur deshalb, weil wir eben zu wenig Hauskassierer haben. Der einzelne Hauskassierer wird dadurch zu sehr überlastet. Die Zahl der Mitglieder, die er bedienen muß, und das Gebiet, auf das sie sich verteilen, sind zu groß. Es muß deshalb eine möglichst enge Begrenzung der Hauskassiererbezirke angestrebt werden, das heißt, es müssen sich möglichst viel Kollegen freiwillig als Hauskassierer melden. Kleine Hauskassiererbezirke haben auch den unschätzbaren Vorteil, daß der Hauskassierer bei seiner Arbeit mehr individuell verfahren kann, d. h. er kann dem Einzelnen mehr Aufmerksamkeit zuwenden. Hier ist einer lau und gleichgültig geworden, den soll er aufrütteln und ermuntern; dort sind's neueingetretene oder jugendliche Kollegen, die soll er gewerkschaftlich schulen und aufklären. Dabei soll er auch fleißig Umschau halten, wo sich in einem Hause noch Unorganisierte befinden. An die soll er heranzukommen und sie für den Verband zu gewinnen suchen. Ueberhaupt Welch günstige Gelegenheiten zur Werbung neuer Mitglieder bieten sich oft dem Hauskassierer auf den regelmäßigen Streifzügen durch sein Revier. Deshalb Freiwillige vor als Hauskassierer! Wer allerdings ein solches Amt übernimmt, muß sich auch dessen Pflicht und Verantwortung bewußt sein. Der Hauskassierer ist nicht etwa ein bloßer Zeitungsträger, sondern ein Geistes-träger!

Vor allem aber bedürfen wir der tätigen Mitarbeiter auf den Arbeitsstellen. Es müssen wieder Baubelegierte auf den Bauten vorhanden sein. So viel ist sicher: nimmer könnte der Besuch der Versammlungen so schlecht und die Zahl der Unorganisierten so groß sein, wenn unsere Kollegen es der Mühe wert hielten, da, wo sie zu mehreren auf einem Bau arbeiten, sich einen Baubelegierten zu wählen. Wo die Baubelegierten auf den Arbeitsstellen fehlen, findet man sicher etwas anderes: Mißstände. Wer soll sich auch um ihre Abstellung kümmern? Und wer leidet beim Nichtvorhandensein eines Baubelegierten frühzeitig die erforderlichen Schritte ein, wenn der Unternehmer den Tarifvertrag nicht innehat? Am schmerzhaftesten treten die Schäden des mangelhaften Baubelegiertenwesens in der Zahl der Neuaufgenommenen in Erscheinung. Diese kann nicht groß sein, wenn über die Organisationszugehörigkeit auf dem Bau keine Kontrolle herrscht. Im Baugewerbe liegt aber der Schwerpunkt der Agitation auf der Arbeitsstelle. Die Fluktuation im Verbands könnte auch unmöglich den heutigen Umfang aufweisen, wenn Baubelegierte vorhanden wären. Würde allgemein auf den Bauten eine fortwährende und streng durchgeführte Bücherkontrolle gehandhabt, so wäre dem Treiben jener Halbchlaunen, die zwischen Neuaufnahme und Wiederaustritt hin- und herpendeln, sehr bald ein Damm gesetzt sein. Und deshalb muß in allen Zahlstellen jetzt und immer die Parole sein: Auf jedem Bau einen Baubelegierten!

Mehr Mitarbeiter! Wo wären sie nötiger als gerade in unserer Bewegung, die Berge von Hindernissen zu überwinden, mächtige Gegner ringsum abzumehren hat! Freilich, Orden und Ehrenzeichen sind dabei nicht zu verdienen, und auch nicht umgehender Lohn. Aber etwas viel Schöneres wird der Lohn des selbstlosen und wackeren Mitarbeiters sein: das Bewußtsein, ich habe für meine bedrückten Arbeitsbrüder getan, was meine Pflicht war, und mehr als das.

Die deutsche Arbeiterversicherung in sozialdemokratischer Beleuchtung.

Die deutsche Arbeiterversicherung macht sich in ihren Wirkungen auf die Lage der Arbeiterschaft sowie der Volksgesundheit in allgemeinen in dem legendreichen Maße bemerkbar, daß sich auch die Sozialdemokratie denselben nicht mehr entziehen kann, und aus ihrem Lager eine Stimme nach der anderen kommt, die die hohe Bedeutung der deutschen sozialen Versicherung notgedrungen anerkennt. So in der Nr. 24 der „Sozialistischen Monatshefte“, wo der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Bittau, Ebn. Fischer, sich in ausführlicher Weise lobend über die Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung auspricht.

„Es gibt heute wohl auch niemand mehr,“ so betont hier der Abgeordnete Fischer, „in der Sozialdemokratie, der den Versicherungseinrichtungen jeden Wert absprechen oder ihnen eine nur geringe Bedeutung beimessen wollte. Einer der aufrichtigsten

Argumente ist im letzten Wahlkampfe (1907) die Behauptung gewesen, daß die Sozialdemokratie 1887 gegen das Krankenversicherungsgezet, 1884 gegen das Unfallversicherungsgezet und 1889 gegen das Alters- und Invalidenversicherungsgezet gestimmt habe.“ So heiße es in einer von der sozialdemokratischen Partei nach den Wahlen 1907 herausgegebenen Flugchrift, die sich bemühe, nachzuweisen, daß die Sozialdemokratie „stets Anhänger der staatlichen Arbeiterversicherung“ war, und sie nie den Grundgedanken, sondern nur die Art der Ausführung bekämpft habe. Nichts zeige, so bemerkt dazu Fischer, deutlicher als die Notwendigkeit dieser Verteidigungsschrift, daß der Wert der Versicherungseinrichtungen auch von den Massen der Arbeiter erkannt werde. Fischer geht dann die einzelnen Versicherungszweige bezüglich ihrer Leistungen durch unter besonderer Berücksichtigung ihrer Wirkungen auf die Volksgesundheit. Man denke nach dieser Richtung hin nur an den engen Zusammenhang zwischen Tuberkulose und Wohnungsweisen. Wenn aber zwecks Bekämpfung der ersteren auf dem Gebiete des letzteren heute bisher Anerkennenswertes geschehen konnte, so war das nur möglich mit Hilfe der Invalidenversicherung, mit den 310 Millionen Mark billiger Darlehen, die bis Ende 1910 für die Arbeiterwohnungen bewilligt worden sind.

Auch sonst fehlt es in den Ausführungen Fischers nicht an lobenden Äußerungen. Wohl besonders bemerkenswert sind jene über die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung, einmal weil hier Fischer die bisherigen Leistungen und Erfolge für einen längeren Zeitraum zusammenfaßt, sodann aber, weil sich gerade auf diesem Gebiet in Zukunft noch Großes erwarten läßt. Der Umstand ferner, daß gerade über die Heilbehandlung die Sozialdemokratie gern hinwegzugehen pflegt, rechtfertigt es, diese Darlegungen Fischers ausführlich wiederzugeben. Unbestritten dürfte es sein, so schreibt er hier, daß die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung heute schon von außerordentlich großer Bedeutung ist; vielleicht stellt sie die wertvollste Einrichtung der Invalidenversicherung dar. Die Übernahme der Tuberkulose in Deutschland ist nicht zuletzt dieser Heilbehandlung zu danken. Es werden aber nicht nur Tuberkulose in Heilbehandlung genommen, sondern auch Personen, die an Rheumatismus, Gicht, Herzkrankheiten, sonstigen Lungenkrankheiten, Blutarumt, Nervosität, Harn- und Geschlechtskrankheiten, Trunksucht sowie Zahnkrankheiten leiden. Es bestehen bereits in Deutschland 138 Lungenheilstätten für Erwachsene mit 14 079 Betten. Bei einem durchschnittlichen Aufenthalt von drei Monaten können jährlich 56 000 Lungenkranke in ständige Heilbehandlung genommen werden. Die Heilbehandlung Tuberkulöser erfolgt aber nicht ausschließlich in den Lungenheilanstalten der Versicherungsträger und in privaten Lungenheilstätten, sondern auch in Luftkurorten und teilweise in Bädern. Andere Kranke werden in Genesungsheimen, Krankenhäusern, Kliniken, orthopädischen, medikomechanischen Anstalten, Heilanstalten für Geschlechts- und Alkoholkranke, Wasserheilanstalten, Luftkurorten und in See-, Mineral-, Schwefel-, Moor- usw. Bädern behandelt. Bis zum Jahre 1910 einschließlich sind im ganzen 733 315 Personen mit einem Kostenaufwand von 177 811 107 M. behandelt worden. Davon entfallen auf das Behandlungsjahr 1910 allein 114 310 Personen mit einem Kostenaufwand von 26 593 569 M.

Die meisten dieser Personen waren, so bemerkt Fischer weiter, auch in einer ständigen Behandlung, d. h. in einer Anstalt, einem Kurort usw. untergebracht, während die nichtständigen Heilbehandlungen nur in einer längeren Behandlung in der Sprechstunde des Arztes und in der Gewährung von Heilmitteln, künstlichen Gliedern usw. bestehen. Bis zum Jahre 1910 einschließlich waren 318 089 Tuberkulöse, 868 Lupuskranken und 283 919 andere Kranke in ständiger, 3835 Tuberkulöse und 126 604 andere Kranke in nichtständiger Behandlung gewesen. Im Jahre 1910 wurden 45 609 Tuberkulöse ständig und 1108 nichtständig behandelt, daneben 189 Lupuskranken, 38 001 resp. 29 403 andere Kranke. Uebereinstimmend wird bestätigt, daß die Heilbehandlung sehr gut ist, die Heilstätten auf das Beste eingerichtet sind. Die zahlenmäßigen Angaben über die Erfolge dieser Heilbehandlung sind zwar nicht unbestritten. Im Jahre 1910 soll von 41 420 Tuberkulösen, die in ständiger Heilbehandlung waren, bei 37 355 oder 90 Prozent ein Erfolg erzielt worden sein, von 1112 Lungen tuberkuloseverdächtigen sogar bei 1086 (98 Prozent). Von 178 Lupuskranken sind 153 (86 Prozent), von 36 975 anderen Kranken 32 719 (80 Prozent) mit Erfolg behandelt worden. Es wird nun eingewendet, und das ist richtig, daß diese Erfolge in vielen Fällen nicht von Dauer seien. Aber es ist doch auch festgestellt worden, daß für die 1905 Behandelten am Schlusse des Jahres 1906 ein Dauererfolg von 63 Prozent bei Männern und 71 Prozent bei Frauen, für die 1907 Behandelten am Schlusse des Jahres 1908 ein Dauererfolg von 64 Prozent bei Männern und 69 Prozent bei Frauen, und für die 1909 Behandelten am Schlusse des Jahres 1910 ein Dauererfolg von 68 Prozent bei Männern und

71 Prozent bei Frauen zu verzeichnen war, die Dauererfolge also bei Männern um 5, bei Frauen um 4 Prozent gestiegen waren. Am Ende des Jahres 1910 sinken die Dauererfolge der 1905 Behandelten (also nach fünf Jahren) allerdings bei Männern auf 41, bei Frauen auf 49 Prozent herab.

Aber immerhin läßt, so folgert der Abgeordnete für Bittau, dieses Resultat den Schluss zu, daß annähernd die Hälfte vollständig geheilt worden ist. Die Statistik der Tuberkulosesterblichkeit in Deutschland ergibt ja auch, daß in den etwa 348 Orten des Deutschen Reiches mit 15 000 und mehr Einwohnern im Jahre 1905 auf je 10 000 Einwohner 22,3 Personen an Tuberkulose gestorben sind, im Jahre 1909 nur noch 15,7. In Preußen ist die Tuberkulosesterblichkeit von 17,16 unter 10 000 Bewohnern im Jahre 1907 auf 15,17 im Jahre 1911 gesunken. Daß die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung daran mindestens einen großen Anteil hat, kann nicht bestritten werden. Neben den 66 Millionen, die bisher für den Bau der eigenen Heilstätten aufgewendet worden sind, hat die Invalidenversicherung auch noch 14 055 135 M. Darlehen zur Förderung des Baues von Heilstätten, ländlichen Kolonien für Tuberkulöse usw. gegeben, zum größten Teil an Heilstättenvereine, vereinzelt auch an Gemeinden und Ärzte. Im ganzen sind bis einschließlich des Jahres 1909 Darlehen für gemeinnützige Zwecke in der Höhe von 877,1 Millionen Mark gegeben worden.

Je mehr die segensreichen Wirkungen der sozialen Versicherung Deutschlands in die Erscheinung treten, und die Arbeiter dieselben am eigenen Leibe zu verspüren bekommen, um so beklemmender und peinlicher wird natürlich für die Sozialdemokratie das Gefühl, von wenigen Ausnahmen bei späteren Novellen abgesehen, gegen das große Reformwerk der Arbeiterversicherung gestimmt zu haben. Wenn Fischer gleichwohl für die Sozialdemokratie das Verdienst in Anspruch nimmt, die soziale Versicherungsgesetzgebung inauguriert zu haben, so tut er mit dieser Behauptung der Wahrheit Gewalt an. Mit Recht können wir ihn fragen, wenn die Sozialdemokratie sich die Inauguration der sozialen Gesetzgebung unter allen Umständen als Verdienst anrechnen will, warum hat sie sich nicht das noch größere Verdienst erworben und auch für das Gesetz gestimmt? Aber da hat die Sozialdemokratie versagt, weil sie mit der Opposition gegen die soziale Gesetzgebung bessere politische Geschäfte machen zu können vermeinte. Und ebensowenig kann Fischer ohne weiteres sagen, ohne die Arbeiterbewegung hätte die soziale Versicherungsgesetzgebung ihre bisherigen Leistungen nicht vollbringen können. Man kann da auch das Gegenteil behaupten. Wäre die soziale Gesetzgebung mit ihren Selbstverwaltungskörpern nicht getreten, dann hätte denn der größte Teil derjenigen, die sich heute Führer der Arbeiterbewegung nennen, die Gelegenheit gefehlt, sich zu solchen zu schulen und auszubilden. Mit der Opposition gegen die soziale Gesetzgebung ist also das Schuldkonto der Sozialdemokratie noch nicht erschöpft gewesen.

So vermischen sich in des Abgeordneten Fischers Äußerungen Wahrheit und Dichtung!

Allgemeines

Grundbesitz und Handwerk für Einführung des 2. Teils des Bauversicherungsgesetzes. Es geht halt nicht mehr anders. Das hat man in Berliner Grundbesitz und Handwerk nun endlich eingesehen, und so fanden sich die beiden als Verbündete zusammen und beantragten die schleunige Einführung des zweiten Teils des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen. Schlimm, sehr schlimm mußte es auf dem Berliner Baumarkt werden, ehe man soweit kam. — Eine stark besuchte öffentliche Versammlung, die vom „Bunde der Berliner Grundbesitzer-Vereine“ für Montag abend, den 27. Oktober, nach den „Germaniafesthallen“ einberufen worden war, zu der sämtliche Groß-Berliner Grundbesitzervereinigungen sowie die reichshauptstädtischen Handwerksvereinigungen eingeladen worden waren, forderte, um dem wachsenden Mißtrauen der kapitalistischen Kreise gegenüber den Verhältnissen des Berliner Baumarktes Einhalt zu gebieten und zugleich das Handwerk vor weiterer Ausbeutung durch gewissenlose Spekulanten zu schützen, die beschleunigte Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen. Der erste Redner war Syndikus und Notar Parzer.

Der bereits in Kraft getretene erste Teil des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen, so betonte er, hat insofern eine gewisse Besserung gebracht, als nun wenigstens gesetzlich festgelegt ist, daß das Baugeld auch wirklich ausschließlich zu Zwecken des Baues verwendet werden muß und daß der Bauunternehmer genötigt ist, Baubücher zu führen. Die unverzügliche Einführung des zweiten Abschnittes ist deshalb eine bringende Notwendigkeit. — Der zweite Referent, Landtagsabgeordneter Obermeister Kahardt, ging besonders scharf ins Gericht mit den Hypothekenbanken und Terraingesellschaften. Daß sich in den bestehenden ungläublichen Verhältnissen noch nichts gebessert habe, liege darin begründet, daß der Einfluß der Gegner jetzt noch zu gewaltig sei. Obermeister Kahardt verwarfte sich dagegen, daß beispielsweise Herr Haberland (vom Bund der Anti-Bodenreformer) sich zum Anwalt der Handwerker mache. Einzige und allein die Terraingesellschaften und Hypotheken-

Banken und deren vorgeschobene Persönlichkeiten seien verantwortlich für die so überaus traurige Lage auf dem Baunmarkt. Unbedingt zu fordern sei auch eine Neuorganisation unseres Tagewesens: Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes über die Sicherung der Bauforderungen werde am besten durch die Tatsache beleuchtet, daß allein im Jahre 1912 in Groß-Berlin rund 62 Millionen Handwerkerforderungen und zweite Hypotheken ausgefallen seien. — Aus der sich anschließenden freien Aussprache sei die Aufgabe herausgehoben, daß der Wert der subhastierten Grundstücke in Groß-Berlin im Jahre 1907 90 Millionen, im Jahre 1912 aber 290 Millionen betragen habe.

In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Regierung durch baldige Einführung des zweiten Teiles des Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen auf dem Baunmarkt wieder stabilere Verhältnisse schaffen und von diesem dadurch zugleich dauernd alle gefährdeten Existenzen ferngehalten werden.

Die Bekämpfung der Tuberkulose. Die Tuberkulose, dieser gefährlichste Vorgesandte der Menschheit seit Urzeiten, schlägt der Volksgesundheit und Volkskraft der Nationen immer noch unheilbare Wunden. In Deutschland wird heute noch von allen Todesfällen etwa ein Drittel durch Tuberkulose herbeigeführt; bei dem im erwerbstätigen Alter Lebenden beträgt dieser Anteil sogar ein Viertel. Von den im Alter bis zu 35 Jahren verstorbenen Industriellen, Berg- und Bauarbeitern ist gar in mehr als der Hälfte aller Fälle Tuberkulose die Todesursache. Nun sind gewiß in der letzten Zeit gewaltige Anstrengungen in der Bekämpfung dieser Volkspeste gemacht worden. Die Organe des Staates und die christliche Caritas haben sich hier die Hände gereicht zu gemeinsamem und, wie mit Genugtuung gesagt werden kann, erfolgreichem Wirken. Ueber die zahlenmäßige Bedeutung des auf diesem Gebiete geleisteten Machtes auf der letzten in Berlin stattgefundenen Internationalen Tuberkulosekonferenz der Staatssekretär Dr. Delbrück vom Reichsamt des Innern bemerkenswerte Angaben.

„Wenn ich,“ so sagte er, „von der Tuberkulosebekämpfung in Deutschland reden darf, wo in planmäßiger, zielbewusster und weitumfassender Weise mit der Begründung des deutschen Zentralkomitees der Kampf einsetzte, so stehen uns als Führung in diesem Kampfe zur Verfügung 147 Volkshäuser für Lungentranke mit 15278 Betten. Wir haben 103 Anstalten für die von der Tuberkulose bedrohten Kinder mit 9157 Betten, ferner 114 Waidholungsstätten und 17 Sanatorien; dazu treten 222 Spezialabteilungen in allgemeinen Krankenhäusern und besondere Abteilungen für die Aufnahme von schwerkranken Lungenerkrankten in 1500 Sanatorien- und Sanatorienstellen, die ebenfalls erfolgreich gewirkt haben. In hohem Maße gefördert wird ferner die Tuberkulosebekämpfung durch Ausbreitung der Heilfürsorge durch die deutsche Arbeiterversicherung. Die Landesversicherungsanstalt hat 1912 in nicht weniger als rund 15 000 Fällen Heilverfahren eingeleitet und dafür einen Betrag von mehr als 50 Millionen verauslagt. Es wurden über eine halbe Million landlebende Beiträge an Sanatorien- und Sanatorienstellen, Waidholungsheime usw. entgegengenommen; zudem dieser Fürsorge der Landesversicherungs-

anstalt wird demnächst in weit ausgreifender Weise die Versicherungsanstalt für Angestellte auf dem gleichen Gebiete tätig sein. Wer will die Bedeutung und Tragweite solcher großen Leistungen bestreiten! Aber das alles,“ so fuhr der Minister fort, „ist doch nur ein Ausschnitt aus dem konzentrischen Angriff, der seit nunmehr einem Dezennium von allen Kulturstaaten gegen den gemeinsamen Feind, die Tuberkulose, unternommen wird. Wir sehen, wie gleich Deutschland auch England eine neu geschaffene Arbeiterversicherung im großen Stil in den Dienst der Tuberkulose gestellt hat. Durch eine weitgehende Ausdehnung der gesetzlichen Maßnahmen haben sich auch die nordischen Staaten Schweden, Norwegen und Dänemark in dem Kampf gegen die Tuberkulose betätigt. In Frankreich beuendern wir die muster-gültigen Einrichtungen zum Schutze der Kinder gegen die Tuberkulose. Nach der Schweiz richtet sich unser Blick wegen der erstaunlichen Erfolge, die dort bei Erkrankungen an Knochen- und Gelenktuberkulose erzielt worden sind. Auch in Oesterreich können wir hervor-ragende Erfolge bewundern. Aus den Vereinigten Staaten dringt zu uns die Kunde von dem raschen Aufblühen des amerikanischen Vereinswesens im Dienste der Tuberkulosebekämpfung und von der unermesslichen Energie der amerikanischen Aufklärungstätigkeit. Jedes Reich ist bemüht, den Kampf gegen die Tuberkulose seinen besonderen Verhältnissen anzupassen. Diejen nach-träglichen und ausopferungsvollen Bemühen ist der Erfolg nicht verjagt gewesen. Von überallher kommen erfreuliche Nachrichten, daß die Tuberkulose in stetigem Rückgang begriffen ist. Es verringerte sich innerhalb der Zeit von 15 Jahren die Tuberkulosesterblichkeit in England, Frankreich, Belgien, Deutschland und den Vereinigten Staaten um ein Drittel, in Oesterreich, der Schweiz und den Niederlanden um etwa ein Fünftel. Insofern, wie sehr auch diese Erfolge zu berechtigtem Stolz Anlaß geben, sie dürfen doch nur der Ansporn sein, mit gleichem Eifer fortzufahren. Gewaltige Arbeit ist noch erforderlich im Kampfe gegen die Volkspeste, um ihren Gefahren Abbruch zu tun oder sie vollständig zu beseitigen.“

Diese Ausführungen zeigen, daß die so überaus wichtige Frage der Tuberkulosebekämpfung bei unserer Reichsregierung die erste Beachtung findet, die sie verdient. Das läßt uns hoffen, daß der Kampf gegen die verderbliche Volkspeste in Zukunft noch energischer und erfolgreicher geführt wird, als es bisher schon der Fall war.

„Das kein Verstand der Verständigen sieht, das sieht in Einfalt ein kindliches Gemüt.“ Zerbrechen sich da allerhand Leute den Kopf über das Problem der Arbeitslosigkeit. Sie glauben auch die Ursachen zu kennen: Störungen in unserem Wirtschaft-leben, die Produktions- und Absatzstörungen hervorzurufen. Nichts wissen sie! In Herrn Junagemeister Kapke von der Arbeiterkammer Hamburg ist der genaue Kopf er-funden, der die wahren Ursachen der Arbeitslosigkeit ent-deckelt hat. Nach seinen — wie der Bericht in den „Hamburger Nachrichten“ folgt hervorhebt — „begründeten“ Ausführungen in der Junagemeinschaft ist die Arbeitslosigkeit „zum wesentlichen Teil auf die unaufrichtlichen Zustände der Arbeiter zurückzuführen“. Man einet tief und erleuchtet auf: Gott sei Dank, nun weiß man es endlich. Die Lösung

des Arbeitslosenproblems ist nun nur noch ein Kinder-spiel. Man braucht nur schleunigst ein Gesetz zu machen, das alle Arbeiterausstände untersagt, und die Arbeits-losigkeit ist mit einem Schlage „zum wesentlichen Teil“ beseitigt! — Es gibt doch noch kindliche Gemüter in der Welt!

Wohnungen für kinderreiche Familien. Einen neuen Versuch auf sozialem Gebiet hat nach dem „Berl. Tagebl.“ die Stadt Dessau unternommen. Die städtischen Körperschaften haben vor geraumer Zeit beschlossen, um dem Wohnungsmangel zu steuern, Wohnungen für kinderreiche Familien zu errichten. Zunächst werden zwei Häusergruppen im Süden der Stadt in-mitten herrlicher Gärten erbaut. Sie sind am 1. Oktober dieses Jahres vollendet und von 18 Ehepaaren mit ins-gesamt 127 Kindern bezogen worden. Die Leute äußern ihre größte Zufriedenheit über die neue Wohnungs-gelegenheit. Der Mietpreis ist sehr billig und stellt sich nominell auf 250 M.; da die Stadt aber aus Stif-tungsmitteln für jedes Kind 8 M. jährlich zuschießt, so beträgt er in Wirklichkeit nicht über 200 M. Die Woh-nungen bestehen aus Wohnküche, 3 Schlafzimmern, Boden- und Kellerkellern. Da der Versuch so trefflich ge-lungen ist, hat der Magistrat beschlossen, sofort noch zwei Häusergruppen errichten zu lassen. — Der Versuch verdient auch anderwärts Nachahmung. Um ein dank-bares Mieterpublikum brauchte man nicht bange zu sein.

Ein sozialistenfreundlicher Großkapitalkist. Der Großindustrielle Ernest Solvay, der in Deutschland eine ganze Reihe von industriellen Werken, aber in Brüssel seinen Wohnsitz hat, ist ein ausgesprochen Freund und Förderer der Sozialdemokratie. Kürzlich wurde er wieder in der sozialdemokratischen Presse wegen mehrerer Stiftungen zu Arbeiterwohlfahrtszwecken in hohen Tönen gepriesen. „Der Industrielle Solvay,“ so schrieb die „Rheinische Zeitung“ in Köln (Nr. 221, 1913), unter-scheidet sich auch in seinen Wohlfahrtsanstaltungen von anderen Arbeitgebern recht vorteilhaft. Er hält es für selbstverständlich, daß seine Arbeiter volle Freiheit in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht haben. Der sozialistischen Bewegung steht er sympathisch gegenüber; den Wahlrechtsstreit hat er moralisch und materiell unter-stützt.“ — So preist die sozialdemokratische Presse ihren kapitalistischen Freund, der für eine sozialdemokratische Volksbibliothek in Brüssel einmal 60 000 Frs., für den letzten Generalfest 75 000 Frs. gespendet hat. Wie es nun mit der wirklichen Arbeiterfreundschaft dieses sozial-demokratischen Goldkultes aussieht, darüber kann man sich auf den Solvayischen Salinenwerken in Solbringen näher informieren. Dort hatten die Arbeiter bis zum Jahre 1906 eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden, ferner alle 14 Tage Sonntags 24 Stunden, und ver-dienten Löhne von 2,20 bis 2,50 M. pro Tag. Es mußte ein langwieriger Streik geführt werden, um mit diesen unwürdigen Zuständen wenigstens in etwa aufzuräumen. Trotz der Zujicherung beim Abschluß des Streiks, daß keine Maßregelungen erfolgen sollten, sind trotzdem nach-her fast alle christlich organisierten Arbeiter aus dem Betriebe entfernt worden; auch heute noch besteht unter den dortigen Arbeitern die feste Ueberzeugung, daß christ-lich Organisierte nicht geduldet, wohl aber die sozial-demokratische Bewegung gerne gesehen würde. Von den sozialdemokratischen Gewerkschaften aber wollen die

Neuzeitliche Bestrebungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens

Von Diplom-Ingenieur Martin Rosed.

Die Bestimmungen früherer Bauordnungen haben hinsichtlich auf die Gewährleistung erhöhter Sicherheit und Dauerhaftigkeit der Gebäude hin. Sie waren nicht imstande, die großstädtischen Wohnungs-verhältnisse zu verstehen, die nun seit einer Reihe von Jahren durch die Wohnungsknappheit fast allgemein bekannt geworden sind. Es mußte deshalb die Notwendigkeit empfunden werden, durch Wohnungsordnungen diese vor-handenen Mängel allmählich zu beseitigen, ihre Ent-wicklung in Zukunft zu verhindern und auf diese Weise die bestehenden Bauordnungen wirkungsvoll zu ergänzen. Für das Königreich Sachsen gibt es seit 1900 ein all-gemeines Baugesetz, das fast allen Anforderungen, die man an ein solches Gesetz stellt, in einer für Deutsch-land weitestgehenden Weise Rechnung trägt.

Die Forderungen, die man an eine hygienische ein-waunfreie Bauweise stellen darf, sind in einer besonderen Gruppe „Bauvorschriften“ von der Bauordnungsstellen-Abteilung der Baujahr-Ausstellung gesammelt worden. Es sind die Forderungen, die eine gesunde Größe der einzelnen Zimmer und der Wohnungen im Verhältnis zu der Zimmerzahl beschließen, ferner eine gesunde Größe der Schlafkammern und die Erzeugung der Schlaf-kammern durch die Erzeugung der einzelnen Zim-mer innerhalb des Hauses und eine gute Lüftung und Belüftung der Räume und Wohnungen. Weiter für die Wohnungen, ist es notwendig, besondere Vorkehrungen für abzuräumen Räume zu schaffen, und es gehen die Bestimmungen allgemein dahin, die Einflüsse der Feuchtigkeit durch eine ständige Lüftung zu beseitigen. Ein bezeichnendes ist gesagt, daß eine solche Wohnungs-ordnung mit gutem Erfolg bereits in 11 in Sach-sen, Preußen, Österreich und Schwaben eingeführt

in keinem Verhältnis stand. Neuerdings sucht man den Wohnungsbau in andere Bahnen zu lenken. Von der Anschauung ausgehend, daß durch das Massenmietwesen mit seinen häufig nach hunderten zählenden Bewohnern ein weitgehendes, soziales Elend hervorgerufen wurde, machen sich jetzt Bestrebungen geltend zugunsten eines weiträumigen Flachbaues. Der Zusammenhang mit der Natur, der weiten Schichten der städtischen Bevölkerung verloren gegangen ist, soll durch enge Fühlungnahme mit dem Grund und Boden wieder hergestellt werden.

Außer namhaften Gelehrten, die für diese Bestre-bungen eintreten, sind es vor allen Dingen größere Verbände, die sich gebildet haben zum Kampfe gegen die Mietsteigerung: „Der Deutsche Verein für Wohnungs-reform“, die „Gartenstadt-Gesellschaft“ und „Der Bund der Bodenreformer“.

Diese drei Verbände waren mit ihren Darbietungen, auf welchen die nachfolgenden Erwörterungen sich zum Teil aufbauen, sowohl in der Wissenschaftlichen Halle, wie in der Gartenstadt Marienbrunn vertreten.

Das eine weiträumige Bauweise unter Verzicht auf mehrgliedrige Etagenbauten nur auf billigen Baugrund noch möglich ist, ist leicht einzusehen. Von dieser Erkenntnis gehen die Bodenreformer aus. Es ist ihre Absicht, die Vertiefung der Grundstücke der privaten Bodenpekulation zu entziehen, um die Grundstückspreise niedrig zu halten und so den Flachbau zu ermöglichen, andererseits die Vertiefung des Bodens der Allgemeinheit des Volkes zugute kommen lassen.

Es ist wichtig behauptet und berechnet worden, daß das wichtige Haus an sich relativ billiger ist, als das Etagenhaus. Ein praktischer Versuch von dem Architekten Wagner in Bremen scheint diese Theorie zu bestätigen. Er baute in der Gartenstadt Marienbrunn unter den gleichen Herstellungsvoraussetzungen ein Etagenhaus für vier Familien und ein Einfamilienhaus mit Erdgeschoss und abgetrenntem Dachgeschoss von gleicher Wohnfläche, wie jede der ersten vier Wohnungen hatte, und fand, daß ein Doppelhaushaus Wohnfläche im ersten Falle 81 M. im zweiten Falle nur 69 M. kostete.

Die Billigkeit der Grundstücke ist ferner abhängig von der Straßenbreite und dem Teil der Grund-stücke, der zur Anlage der Straßen verwendet wird. Die Breite der Straße muß dem Verkehr entsprechen und der Häuser geringer. Es ist einzusehen, daß sie geringer zu sein braucht, wenn die Häuser niedrig sind, etwa 1-2 Geschosse haben, als wenn sie 4-5 Stockwerke besitzen. Nach einer Berechnung der „Gartenstadt-Gesellschaft“ soll der Frontabstand bei eingeschossigen

Reihenhäusern im Interesse einer ausreichenden Belstrahlung durch die Sonne 6,20 Meter haben und von zwei-geschossigen Reihenhäusern 8,30 Meter. Bisher legte man möglichst breite Straßen an, damit sie für den Verkehr ausreichend seien; man über sah dabei, daß nicht eine jede Straße eine Verkehrsstraße zu sein braucht, auch sich nicht von selbst als solche ausbildet. Ein höchst bedeutungsvoller Fortschritt der modernen Städtebaukunst dürfte die grundsätzliche Unterscheidung zwischen Wohn- und Verkehrsstraßen sein, der Gebanke, erstere möglichst schmal auszubilden und mit geringeren Kosten zu befestigen, letztere dagegen reichlich zu bemessen mit be-sonderen Fahrbahnen für Straßenbahnen, für Durch-gangsverkehr und für den Zufahrtsverkehr zu den Grund-stücken. Im einzelnen Falle würde die Ausbildung des Straßenprofils genau überacht werden müssen.

Auch die Richtung der Straße, besonders derjenigen mit Reihenhausbau, ist sorgsam zu erwägen, weil mit ihr die Belichtung der Räume zusammenhängt. Keine Nord-Süd-Straßen sind nicht günstig, weil die beste Sonnen-seite, die Südseite, von den Brandmauern eingenommen wird. Auch reine Ost-West-Straßen sind nicht zu empfe-hlen, wenn die Wohnräume in Ermangelung schöner Höfe und Gärten nach der Straße gelegt sind, weil dann die Wohnräume der südlichen Häuserreihe stets im Schatten liegen, wenn sie nicht die ganze Tiefe des Hauses ein-nehmen. Andererseits wäre hier die Auflösung der Reihenhäuser in Einzel- und Doppelhäuser am Platze. Günstig ist jedoch zur billigen Erstellung der Wohnungen und zur Erzielung ästhetischer Wirkungen unabdingt dem gruppierten Reihenhausbau der Vorzug zu geben unter der Annahme, daß es sich um ebene, unbewaldetes Bau-land handelt. Im hügeligen Gelände dürfte der Reihen-hausbau nur in Ausnahmefällen zweckmäßig zur An-wendung kommen. Im Wald würde auch die offene Bau-weise ästhetisch befriedigen, da der Wald die einzelnen Häuser zu einer geschlossenen Wirkung vereinigt.

So spielen die Fragen des Wohnungswesens hinüber zu den bedeutenden Fragen des Städtebaues, ohne daß eine Auflösung des einen Gebietes vom andern denkbar er-schene. Die Möglichkeit einer guten Grundstücksplanung der Reihenhäuser beruht in dem weitestgehenden Schaffen desjenigen, dem die Planung der Stadt mit ihren Straßen-plänen und baulichen Bestimmungen anvertraut ist. Und erst dann wird eine weiträumige Bauweise kleinerer Ge-biete zur rechten Wirkung gelangen, wenn schon von vorn-herin darauf Rücksicht genommen wurde, daß vermittelst größerer Freiflächen gute Luft dem Stadtkern zugeführt werden kann.

Arbeiter nichts wissen, weil ihnen die tiefe Freundschaft zwischen dem Werkbesitzer und der roten Umsturzpartei sehr verdächtig vorkommt. Und die denkenden Arbeiter beurteilen auch die Wohlfahrtsvereine in den Solbaischen Werken genau so, wie ähnliche Einrichtungen sonst von der Sozialdemokratie eingeschätzt werden. Von dem Geist dieser Wohlfahrtsvereine zeugt auch die Tatsache, daß bei Gewährung einer Arbeitsprämie von 100 M für 25jährige Dienstzeit solche Arbeiter, die sich an dem Streik beteiligt hatten, übergegangen wurden. Wenn die Sozialdemokratie trotzdem für diesen Unternehmer schwärmt, so läßt das tief blicken. Ein bekanntes Wort sagt ja: Geld riecht nicht!

Das unsaubere deutsche Papiergeld. Die „Deutsche Parlaments-Korrespondenz“ schreibt: Die unsaubere Beschaffenheit unseres Papiergeldes ist häufig der Gegenstand von Klagen aus den Kreisen der Industrie und des Handels (auch der Arbeiter, D. R.). Es wird darauf hingewiesen, daß die Noten der Bank von England ein weit besseres Aussehen haben. Diese Tatsache ist auf verschiedene Ursachen zurückzuführen. Einmal sind die englischen Noten aus ganz vorzüglichem Papier hergestellt, das der Abnutzung weit weniger unterworfen ist als die deutschen Reichsbanknoten und Reichskassenscheine. Dann aber haben die englischen Noten einen geringeren Umlauf als die deutschen, weil der ausgedehnte Zahlungsverkehr durch Schecks die Verwendung von Noten wesentlich einschränkt. Hauptächlich aber erklärt sich der gute Zustand der im Umlauf befindlichen englischen Noten dadurch, daß jede Note, die an die Bank von England zurückgelangt, nicht wieder ausgegeben, sondern vernichtet und durch eine neue ersetzt wird. Die deutschen Noten sind tatsächlich auch aus vorzüglichem Papier hergestellt, bei dessen Anfertigung in erster Linie ein weitgehender Schutz gegen Fälschung maßgebend ist. Aber unsere Banknoten und Kassenscheine haben einen viel längeren Umlauf als die englischen und gehen unausgesetzt von einer Hand zur anderen, wodurch sie naturgemäß stark abgenutzt, beschmutzt und auch beschädigt werden, bevor sie wieder an eine Kasse der Reichsbank gelangen. Es besteht aber für die Kassen der Reichsbank eine Bestimmung, beschädigte oder beschmutzte Banknoten nicht wieder in den Verkehr zu bringen. Sie werden vielmehr dem Reichsbankdirektorium vorgelegt, das über ihre Vernichtung beschließt. Auf diese Weise werden alljährlich sehr bedeutende Mengen deutscher Banknoten und Kassenscheine vernichtet. Daß sich die deutsche Reichsbank nicht entschlossen hat, das englische Verfahren der Einziehung aller in die Bank von England zurückgelangenden Noten anzuwenden, liegt darin, daß die deutschen Noten ein sehr kompliziertes Druckverfahren haben, während die englischen in gewöhnlichem Buchdruck hergestellt werden. Die Anfertigung der deutschen Noten ist daher wesentlich teurer als die der englischen.

Schutz des jugendlichen! Am 31. Dezember d. J. läuft die Bundesratsverordnung vom 15. November 1909 ab, die einen besseren Schutz der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in der Ton-, Schamott- und Ziegelindustrie bezweckt. Nach dieser Verordnung ist es verboten, in diesem Industriezweig Arbeiterinnen und jugendliche Personen unter 16 Jahren mit der Gewinnung und dem Transport der Rohstoffe, mit Handformen, zu arbeiten in den Brennöfen und zum Transport von geformten Steinen mit Schiefbarren zu verwenden. Seit Erlaß dieser Bundesratsverordnung hat sich dieser Industriezweig zu einer Großindustrie entwickelt. Die neue technische Entwicklung hat es mit sich gebracht, daß Arbeiterinnen und jugendliche heute zu Arbeitern verwendet werden, die für sie nicht minder ungeeignet und schädlich sind, wie die durch die erwähnte Verordnung verbotenen. Die für diesen Industriezweig zuständige christliche Arbeiter-Berufsorganisation, der Zentralverband christlicher Keramik- und Steinarbeiter, hat sich darum in einer Eingabe an den Reichszentralrat und den Bundesrat gewandt und eine Berücksichtigung dieser Verhältnisse bei der bevorstehenden Erneuerung dieser Bundesratsverordnung gefordert. Insbesondere wird ein Verbot der Beschäftigung von weiblichen und jugendlichen Personen direkt auf den Ofen und heißen Brennkanälen, an den nicht genügend gegen Staubaufwirbeln geschützten Zerkleinerungsmaschinen, und an Walzen und Stempelpressen als dringend notwendig bezeichnet.

Die Gesellschaft für Soziale Reform (Geschäftsstelle Berlin, Rollendorfsstraße 29/30) hält ihre 6. Hauptversammlung vom 20. bis 22. November in Düsseldorf in der Städtischen Tonhalle ab. Am Donnerstag, den 20. November, findet ein Begrüßungsabend mit Ansprachen bekannter Sozialpolitiker statt. Am Freitag, den 21. November, wird nach einer Eröffnungsansprache des Vorsitzenden, Staatsminister Dr. Freiherrn v. Berlepsch, ein Vortrag von Rechtsanwalt Dr. Hugo Singheimer, Frankfurt a. M. über „Rechtsfragen des Arbeitstarifvertrages“ (Festung und Abdingbarkeit) und ihre gesetzliche Lösung gehalten werden. Am Sonnabend, den 22. November, werden nach Erstattung des Geschäftsberichts und Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten Vorträge gehalten von Staatsminister Dr. Freiherrn v. Berlepsch über „Brauchen wir ein Reichsbeiratsamt?“ und von Dr. Walther Zimmermann über „Neue Aufgaben des gewerblichen Einigungswezens“. An alle Vorträge schließt sich eine freie Aussprache an. Der Zutritt zu den Versammlungen steht jedermann frei. Ausführliche Programme und Auskünfte sind erhältlich durch die Geschäftsstelle,

Berlin W. 30, Rollendorfsstraße 29/30, und durch Prof. Dr. v. Wiese, Düsseldorf, Bechmitzstraße 24.

Wirtschaftliche Bewegung

Gesperri sind: **Geiseltirchen** (Fliesenleger) (Sperrung über die Firma Hünnebeck & Co.). **Witzburg**, Eifel (Sperrung über die Firmen Garson jr. und sen. wegen Maßregelung). **Söbenbüren** (Sperrung über den Bauunternehmer Duhmann wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages). **Samm i. W.** (Sperrung über das Studegeschäft Heinrich Mijeler wegen Nichtanerkennung des Tarifs). **Caternberg** (Maurer und Hilfsarbeiter, Sperrung über die Firma Heinrich Bullmann). **Neustadt** (Schwarzwaldb) (Streik der Zimmerer). **Steele** (Sperrung über die Firma Fr. Flud wegen Nichtinhaltung des Tarifvertrages und Maßregelung). **Großheilingen** (Sperrung über die Firmen Jos. Grupp, Karl Blant, Paul Grupp, Jos. Haas, Jos. Singer, Jos. Steiber). **Saffig** (Sperrung über die Firma Florath wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). **Cöln** (Wegen Lohnhöhen ist die Baustelle der „Rhenania“ Delwerke in Monheim gesperrt). **Bleicherode a. Harz** (Streik bei den Firmen Wenkel und Walleroth). **Rheinberg** (Sperrung über das Plattengeschäft Gebr. Schiffer wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages). **Nachen** (Sperrung über das Plattenlegergeschäft J. S. Rumbach wegen Nichtanerkennung des Tarifs). Zugang ist fernzuhalten.

Fliesenleger.

Bezirk Bochum. Die Lohnbewegung für das Plattengewerbe in Rheinland und Westfalen wurde am 27. Oktober durch Tarifabschluss beendet. Der Vertrag hat Gültigkeit vom 1. November 1913 bis zum 30. September 1916. Die tägliche Arbeitszeit wird von 9 auf 8 1/2 Stunden verkürzt. An den Sonnabenden ist eine Stunde früher Arbeitsbeginn, an den letzten Arbeitstagen vor den drei hohen Feiertagen um 2 Uhr nachmittags. Der Stundenlohn steigt wie folgt: ab 1. November 1913 von 80 auf 85 Pf., ab 1. Oktober 1914 auf 86 Pf. und ab 1. Oktober 1915 auf 88 Pf. Zu Cöln erfolgt eine Lohnerhöhung von 5 Pf., und zwar sofort um 2 Pf. und am 1. Oktober 1914 um 3 Pf. Die bisherigen Akkordpreise erfahren ebenfalls eine Steigerung von 5, 10, 20, 30, 40 und mehr Pf. pro Quadratmeter. Eine Position steigt um 100 Pf. pro Quadratmeter. Auch ist der neue Tarifvertrag viel klarer und präziser gestaltet, als das bei dem bisherigen der Fall war. Die Fliesenleger können mit dem Resultat der diesjährigen Lohnbewegung zufrieden sein, zumal wenn sie erwägen, daß wir zurzeit mit einer schlechten Baukonjunktur zu rechnen haben. Es wird nun die Aufgabe der Fliesenleger sein, dafür zu sorgen, daß der Tarif auch in allen seinen Punkten durchgeführt wird. Soll dieses erreicht werden, dann müssen unsere Kollegen dafür sorgen, daß mit den unorganisierten ausgedrängt wird und daß die bereits organisierten Fliesenleger auch tatkräftige Gewerkschaftler werden, denn nur eine gut organisierte und disziplinierte Arbeiterschaft ist in der Lage, Tarifverträge zur Durchführung zu bringen.

Cöln. Der Streik der Fliesenleger ist nach 14tägiger Dauer erfolgreich beendet. Am Mittwoch, den 22. Oktober, fanden unter Leitung des Beigeordneten Rath-Gjens Verhandlungen in Düsseldorf statt für die Tarifgebiete Cöln, Mülheim a. Rh., Düsseldorf, Reuß und das rheinisch-westfälische Industriegebiet. An den Verhandlungen wollten auch drei Vertreter der anarchoistischen freien Vereinigung teilnehmen. Dagegen erhoben die Vertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes Protest. Wir schlossen uns diesem Protest aus dem Grunde an, weil die freie Vereinigung, speziell der anwesende Windhoff, das ganze Jahr hindurch in Versammlungen und Flugblättern gegen die Tarifverträge losdonnert und alle diejenigen des Arbeiterberrats bezichtigt, die mit den Unternehmern Tarifverträge abschließen. Als sich im Laufe der Debatte der anwesende Windhoff gegen die Tarifverträge aussprach, traten die Unternehmer ab und beschloßen, die freie Vereinigung von den Tarifverhandlungen auszuschließen. Das Resultat der Verhandlungen war, daß alle Beschäftigungsanträge der Unternehmer abgelehnt wurden. Außer mehreren Verbesserungen des bisherigen Tarifvertrages, bezüglich Lohnberechnung, Bekämpfung der Schwärzmeister usw., wurde für alle Orte, die in Cöln übliche Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden bewilligt. Der Stundenlohn wurde für Cöln ab 1. November auf 90 Pf., ab 1. Oktober 1914 auf 93 Pf. erhöht. Für die übrigen Orte soll der Lohn pro Stunde ab 1. November 1913 85 Pf., ab 1. Oktober 1914 86 Pf., ab 1. Oktober 1915 88 Pf. betragen. Ueber die Erhöhung der Akkordpositionen sowie über die Vergütung für auswärtige Arbeiten wurde in besonderen Verhandlungen, die ohne Leitung eines unparteiischen Geplagten wurden, ebenfalls eine Einigung erzielt. Das Gesamtergebnis bedeutet eine annehmbare Aufbesserung. Unsere Cölnier Fliesenleger stimmten dem Resultat einstimmig zu. Die Arbeit wurde am Dienstag, den 28. Oktober, wieder aufgenommen. Fraglich ist es, ob die Düsseldorfer Unternehmer der Einigung zustimmen. Sie wollten unter keinen Umständen die 8 1/2stündige Arbeitszeit bewilligen. Sie werden sich aber darüber klar sein müssen, daß, nachdem in allen Gebieten die 8 1/2stündige Arbeitszeit bewilligt ist, für Düsseldorf eine Ausnahme nicht zugestanden wird. Für das bergische Land ist ebenfalls eine Einigung erzielt. Mit geringen Ausnahmen beugt sich der Erfolg mit dem Resultat der Düsseldorfer Verhandlungen. Der Stundenlohn wurde für das bergische Land ab 1. November 1913 auf 85 Pf., ab 1. Oktober 1914 auf 90 Pf. festgesetzt. Die Verträge laufen bis zum 30. September 1916. Daß der

Erfolg nur durch die Geschlossenheit der Organisationen erzielt werden konnte, haben die Fliesenleger mal wieder erlernet. Dieselbe Geschlossenheit ist aber auch für die künftige Durchführung des Tarifvertrages notwendig.

Verbandsnachrichten

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 9. November, der siebenunddreißigste Wochenbeitrag fällig ist.

Cassel. Unsere Zahlstelle hielt am 24. Oktober ihre Generalversammlung mit Vorstandswahl ab. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Rothmann, zum 2. Vorsitzenden Kollege Besort gewählt; als 1. Schriftführer Kollege Joseph Schmidt, als 2. Schriftführer Kollege Harnt, als 1. Kassierer Kollege Strübe, als 2. Kassierer Kollege Mühlstedt. Da Kollege Schleicher anwesend war, um uns einen Vortrag zu halten, war die Versammlung gut besucht. Leider standen so viel Anträge auf der Tagesordnung und war die Debatte eine so lebhaft, daß der Vortrag nicht mehr gehalten werden konnte. Mit dem Verzicht des Kollegen Schleicher, uns in Kürze mit einem Vortrag zu beehren, wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Der Pleitegeier am Baumarkt

Ein anschauliches Bild von der Depression am Baumarkt in den letzten Jahren erhält man, wenn man die Zahlen der baugewerblichen Konkurse heranzieht. Die Schwierigkeiten der Beschaffung von Baugeldern, die nur zu außerordentlich hohen Zinssätzen, und auch dann noch nicht immer zu haben waren, in Verbindung mit der vorausgegangenen Produktion von größeren Wohnungen weit über das Bedürfnis hinaus, hat zahlreichen unsoliden oder schwach fundierten Unternehmungen den wirtschaftlichen Atem geraubt. Die geschäftlichen Zusammenbrüche sind nicht auf die reinen Baugeschäfte beschränkt geblieben, sondern es wurden zahlreiche Firmen der Baunebengewerbe, des Zimmerer, Maler, Glaser, Bauklempner, Bauhändler usw., durch die bei jenen erfolgten Verluste mit in den Strudel hineingerissen. Hinzu kommt die große Zahl der Zwangsversteigerungen von Grundstücken und Gebäuden. Die Konkursstatistik zeigt das folgende, durchaus unerfreuliche Bild. Es betrug die Zahl der neuen Konkurse im Baugewerbe in den Jahren 1907 bis 1912:

Jahr	Neue Konkursanträge	Größtens Konkursverfahren	Bwegen Mangel an Baugeld
1907	817	675	142
1908	795	628	167
1909	661	494	167
1910	629	454	175
1911	724	528	196
1912	978	730	248

Die neuen Konkurse im Baugewerbe machten im Jahre 1912 8,09 Prozent sämtlicher neuen Konkurse aus. Im Jahre 1911 entfielen auf das Baugewerbe nur 6,56 Prozent aller Pleiten. Auf die verschiedenen Gebiete des Baugewerbes verteilten sich die Konkurse des Jahres 1912 wie folgt:

	Neue Konkursanträge	Größtens Konkursverfahren	Bwegen Mangel an Baugeld
Holz- und Tischbau	479	353	126
Feldmesser, Kulturtech- niker usw.	3	2	1
Maurer	131	89	52
Zimmerer	96	80	16
Glaser	46	39	7
Maler, Anstreicher	93	60	32
Tapezierer, Dekor.	50	38	12
Stukkateure	13	8	5
Dachbeder	16	12	4
Stein-, Pflast. usw.	10	6	4
Brunnenmacher	2	2	—
Gas- und Wasserl.-Inst.	33	25	8
Ofenleger	14	13	1
Schornsteinfeger	3	3	—

Auch auf andere Gewerbe, die zum Baumarkt in Beziehungen stehen, haben die Zahlungsschwierigkeiten sich ausgedehnt. So betrug in den letzten vier Jahren die Zahl der neuen Konkursanträge im Holzgewerbe und in der Industrie der Steine und Erden (vorwiegend Herstellung von Baumaterialien):

Neue Konkurse	1909	1910	1911	1912
Holzgewerbe	501	438	451	497
Baustoffindustrie	201	225	198	243

Die Fortdauer der Depression im städtischen Wohnungsbau dürfte am Schlusse des Jahres wiederum in einem kräftigen Steigen der Konkursziffern zum Ausdruck kommen.

Christlicher Arbeitervereine. 18. Evangelischer Arbeiterbund. 19. Verband evangelischer Arbeiterinnenvereine Deutschlands. 20. Freie evangelische Volksvereingung. 21. Westdeutscher Junglingsbund E. B. 22. Bayerischer Bund der Christl. Vereine Junger Männer und Evangelischen Junglingsvereine (Bayerischer Junglingsbund) E. B. 23. Bund der Evangelisch-luther. Männer- und Junglings-Vereine im Königreich Sachsen. 24. Verein katholischer ländlicher Dienstboten für das Königreich Bayern z. d. Rh. Diese Organisationen verfügen über einen Mitgliederstand von mehr als 1 1/2 Million. Weitere Vertragsabschlüsse stehen bevor, so daß sich der Kreis der „Deutschen Volksversicherung“ in kürzester Zeit noch wesentlich erweitern dürfte.

Soziale Wahlen

Sieg der christlichen Arbeiter in Hagenau-Bischweiler. Die am vorletzten Sonntag vorgenommene Wahl der Vertreter der Versicherten zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse Hagenau und Bischweiler endete mit einem Siege der christlichen Arbeiterschaft. Von den insgesamt abgegebenen 3233 gültigen Stimmen entfielen 1155 auf die Liste A (sozialdemokratisch), 400 Stimmen auf Liste B (Unabhängige) und 1683 Stimmen auf die Liste C (christlich). Da die Proportionalwahl diesmal allgemein vorgeschrieben ist, erhalten die christlichen Arbeiter 15 Vertreter und 31 Ersatzmänner, die Sozialdemokraten 11 Vertreter und 22 Ersatzmänner, die Unabhängigen 4 Vertreter und 7 Ersatzmänner. Der Sieg der christlichen Arbeiter unter Führung der christlichen Gewerkschaften ist um so höher einzuschätzen, als bisher die Sozialdemokratie die ausgeprobenste Alleinherrschaft in der Kasse hatte.

Selle. Am Sonntag, den 12. Oktober, fand hier die Wahl zur Ortskrankenkasse statt. Da es bislang nicht möglich war, christlich-nationale Vertreter hineinzubringen, weil Selle eine ausgeproben Hochburg der Sozialdemokratie ist, hatte man durch das neue Wahlverfahren mehr Ausichten auf Erfolg, und so stellte die christlich-nationale Arbeiterbewegung eine Liste auf, in welcher sie auch die weiblichen Mitglieder berücksichtigte. Die Genossen taten das letztere nicht. Ein interessantes Schauspiel gab dann die Wahl ab. Der Raum war viel zu klein, so daß jeder Wähler 3/4 Stunden gebraucht, um an die Wahlurne heranzutreten. In diesem Gedränge ließen die Genossen ihre „Bildung“ hören, besonders gegenüber den Dienstmädchen. Die rohesten und gemeinsten Wörter fielen dort, um den Dienstmädchen die Wahl zu verwehren. Dabei taten sich die Schlippsgefallen des Zimmererverbandes besonders hervor. Was nur an Gemeinheit herausgebracht werden konnte, wurde dort hervorgebracht. Ein Genosse Meyer hatte sich einen Baden Stimmzettel mit Kuberts Fertigmacht. Mit diesen trat er an die Dienstmädchen heran, ließ sich von ihnen das Kubert hergeben und gab es ihnen dann mit einem roten Stimmzettel zurück. Den Dienstmädchen gegenüber wurde eine scharfe Kontrolle gehandhabt, die Schlippsgefallen konnten ohne Kontrolle wählen. Ein Genosse kam mit 16 Kuberts in der Hand an und übte somit das Wahlrecht für 16 Personen aus, ohne daß eine Kontrolle zu spielen war. Die christlich-nationalen Arbeiter haben natürlich wegen dieser Vorgänge Beschwerde erhoben und sehen einer Neuwahl entgegen. Aber trotz der Gassenjungenumantieren der Genossen hat die christlich-nationale Arbeiterschaft sechs Vertreter durchdrücken können. Hoffentlich erhöht sich diese Zahl bei der zu erwartenden Neuwahl.

Düsseldorf. Bei der Wahl zur rechtsrheinischen Ortskrankenkasse wurden 8471 Stimmen abgegeben. Hiervon fielen auf Liste 1 der christlich-nationalen Arbeiter 2344, auf Liste 2 der „freien“ Gewerkschaften 5680, auf Liste 3 der Kirch-Dunderschen Gewerkschaften 280 und auf Liste 4 der Lehrerinnen und Angestellten 148 Stimmen. Ungültig waren 14 Stimmen. Danach entfallen auf Liste 1 14 Vertreter und 28 Ersatzmänner; auf Liste 2 33 Vertreter und 66 Ersatzmänner; auf Liste 3 2 Vertreter und 4 Ersatzmänner; auf Liste 4 1 Vertreter und 2 Ersatzmänner. Bei der letzten Wahl hatten die christlichen Gewerkschaften 976 und die Genossen 3106 Stimmen auf sich vereinigt. Bei der Ortskrankenkassenwahl des linksrheinischen Gebietes erhielten die christlichen Gewerkschaften 78 Stimmen und 10 Vertreter, die Genossen 518 Stimmen und 19 Vertreter, während die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften 39 Stimmen und 1 Vertreter erhielten.

Glogau. Am 7. Oktober fand die Wahl der Ausschussmitglieder zu der Ortskrankenkasse der Maurer und Zimmerer statt. Die Kasse, die am 1. Januar 1914 aus den bisher selbständigen Kassen beider Berufe gebildet wird, war bisher vollständig in sozialdemokratischen Händen. Von den abgegebenen 132 Stimmen entfielen auf die Liste unseres Verbandes 44 Stimmen. Die sozialdemokratische Liste erhielt 88 Stimmen. Die Liste unseres Verbandes erhält demnach 4 Vertreter und 8 Ersatzvertreter, während die gegenwärtige Liste 3 Vertreter und 16 Ersatzvertreter erhielt. Bei den in Glogau vorliegenden Organisationsverhältnissen bedeutet dieses Wahlergebnis für die christlich organisierten Bauarbeiter einen schönen Erfolg. Mögen die Glogauer Bauarbeiter daraus erkennen, daß für sie bei allseitig gutem Willen und der nötigen Mitarbeit noch manches zu erreichen ist.

Hamm. (Gewerbegerichtswahl.) Bei der am 22. und 23. Oktober stattgefundenen Gewerbegerichtswahl in der Stadt Hamm siegte die Liste der christlichen Gewerkschaften. Es erhielten die christlichen Kandidaten 1198 Stimmen, die sozialdemokratischen 31 und die Kirch-Dunderschen 286 Stimmen. Da nur drei Bewerber zu wählen waren, fielen diese sämtlich der christlichen Liste zu.

Hamm. (Zunungsstrankenkassenwahl.) Bei der Wahl der Ausschussmitglieder und Ersatzmänner der Zunungs-

strankenkasse für Maurer, Dachbeder und Steinhauer in Hamm, welche am 11. Oktober stattfand, haben nur 323 Mitglieder ihr Wahlrecht ausgeübt. Es sind gewählt von der Liste der „freien“ Gewerkschaften 4 Ausschussmitglieder und 8 Ersatzmänner, von unserer Liste 2 Ausschussmitglieder und 4 Ersatzmänner. Wenn unsere Mitglieder alle die Parole befolgt hätten und wählen gegangen wären, hätten wir mehr Vertreter erhalten. Die Wahlbeteiligung war allgemein sehr mangelhaft.

Herford i. B. Bei den Vertreterwahlen zu der Innungsstrankenkasse des Baugewerbes wurden insgesamt 399 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste der Sozialdemokraten 265 Stimmen (7 Vertreter) und auf die Liste des christlichen Bauarbeiterverbandes 132 Stimmen (3 Vertreter); 2 Stimmen waren ungültig. Der Ausgang der Wahl bedeutet für die christlichen Bauarbeiter einen schönen Erfolg.

Neuß. Bei der Wahl der Arbeitnehmer für den Ausschuss der Ortskrankenkasse machten von 8000 Wahlberechtigten 3957 von ihrem Rechte Gebrauch. Es erhielten die christlichen Gewerkschaften 2157 Stimmen und 22 Vertreter, die freien Gewerkschaften 1805 Stimmen und 18 Vertreter.

Peine. Bei den Ausschusswahlen zu der Innungsstrankenkasse für das Baugewerbe in Peine wurden für die Liste A (christl. Bauarbeiterverband) 58 Stimmen und für die Liste B (Sozialdemokraten) 72 Stimmen abgegeben. Da 4 Vertreter zu wählen sind, erhalten beide Listen je 2 Vertreter. Für die christlichen Bauarbeiter bedeutet dieses einen schönen Erfolg, war doch die Kasse bis jetzt von den Sozialdemokraten allein besetzt. Im „Volkswillen“ klagen die Genossen auch schon über die Trägheit ihrer Mitglieder.

Remscheid. Bei der am 12. Oktober stattgefundenen Ausschusswahl zur allgemeinen Ortskrankenkasse für Remscheid haben von etwa 10 000 Wahlberechtigten 4419 ihr Wahlrecht ausgeübt. Auf die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften fielen 3842 Stimmen oder 52 Vertreter, auf die Liste der christlich-nationalen Wähler 577 Stimmen oder 8 Vertreter.

Strasbourg i. Elz. Bei der am Sonntag, den 26. Oktober, in Strasbourg-Stadt vorgenommenen Ortskrankenkassenwahl erzielte die christlich-nationale Arbeiterschaft einen für Strasbourg's Verhältnisse bedeutenden Sieg. Trotz Hohn und Spott der Roten, trotz der Schwärzung der Aufklärungs- und der Wahlarbeit, weil wir in die Kasse in den letzten 15 Jahren keinen Einblick hatten, gaben 2673 Arbeitnehmer der Liste C des christlichen Gewerkschaftsartikels und der diesem angeschlossenen Vereine ihre Stimme. Die häßlichen Wilder, die der Wahltag in der Bedrängung der Anhänger der christlichen Liste, besonders der Frauen, zeigte, schredten vielleicht den einen oder den anderen ab, aber die Hunderte waren nicht gewillt, ihre Vertretung weiter einseitig in den Händen der Strasbourg' Genossen zu lassen. Stolz und großmäulig, wie die Strasbourg' Genossen „großen“ nun einmal sind, pochten sie höhnisch und übermütig auf ihre 14 000 sozialdemokratisch organisierten Gewerkschaftler und wollten unserer Liste gnädigst 2-3 Sitze einräumen. Sie haben sich verrechnet. Das Wahlergebnis hat folgendes Bild ergeben: Liste A (Sozialdemokraten): 42 Vertreter und 85 Stellvertreter; Liste B (Militärarbeiter): 2 Vertreter und 4 Stellvertreter; Liste C (Christliches Gewerkschaftsartikell): 15 Vertreter und 31 Stellvertreter.

Frier. Am Sonntag, den 26. Oktober, fand hier die Krankenkassenwahl statt. Abgegeben wurden 2601 Stimmen. Hiervon entfallen auf Liste 1 (Kassenvorstand) 161 Stimmen oder 2 Vertreter; Liste 2 (christliche Gewerkschaften) 705 Stimmen oder 8 Vertreter; Liste 3 (Katholischer Arbeiterverein, Katholischer kaufmännischer Verein, Verein der erwerbstätigen Frauen und Mädchen usw.) 855 Stimmen oder 10 Vertreter; Liste 4 (sozialdemokratische Gewerkschaften) 866 Stimmen oder 10 Vertreter.

Aus dem Baugewerbe

(Unter dieser Rubrik finden Bauunfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuerungen im Baugewerbe und dergl. Aufnahme. Berichte über Bauunfälle sind so schnell wie möglich einzufenden.)

Bromberg. (Schwerer Bauunfall.) In dem Neubau des Lichtspielhauses an der Brückenstraße stürzte am 28. Oktober, nachmittags gegen 5 Uhr, ein Teil eines Gerüsts ein, auf dem acht Stukkateure beschäftigt waren. Fünf Personen wurden mit in die Tiefe gerissen und zum Teil unter den Trümmern des Gerüsts begraben. Die sofort herbeigeholte Feuerwehr befreite alsbald die Arbeiter von der auf ihnen ruhenden Last. Zwei Arbeiter waren nur leicht verletzt und konnten sich nach Hause begeben. Drei Stukkateure dagegen hatten ernstere Verletzungen davongetragen und mußten ins Krankenhaus geschafft werden, wo sie in ärztliche Behandlung genommen wurden. Der eine hatte eine Schädelquetschung erlitten, ein zweiter hatte innere Verletzungen davongetragen. Der dritte begab sich, nachdem er den ersten Schrecken überwunden hatte, gleichfalls nach Hause, um dort ärztliche Behandlung in Anspruch zu nehmen. Die die Baupolizei festgestellt hat, ist das Gerüst noch nicht ganz fertig gewesen und vorzeitig benutzt worden.

Frier. Am 24. Oktober stürzte unser Kollege Hamm, Stukkateur, am Neubau Aminger von einem Hängegerüst. Er erlitt einen doppelten Schädelbruch mit noch anderen schweren Verletzungen. Besinnungslos wurde er ins Krankenhaus der barmherzigen Brüder gebracht, wo er am nächsten Tage, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, gestorben ist.

Siegen. 24. Oktober. Eine Serie der wunderbarsten Submissionsblüten ist wieder einmal von der neuen Rheinbrücke zwischen Rübshcim und Rempten bzw. der neuen Bahnstraße Rübshcim-Sarnsheim zu melden. Man sollte es nicht für möglich halten, was auf dem Gebiete der Heber- und Unterbauten diesmal wieder

Dichte Dichte
 stelle man heraus **Strapazoid**. Leicht, sauber, geschmeidig. Prospekt Nr. 612 u. Muster postfrei u. umsonst.
 A. W. Andernach, Beuel am Rhein.

geleistet wurde. Die Zahl der Teilnehmer an der Vergebung für die Erdbewegungsarbeiten sowie den Brückenbau über die Nahe betrug nicht weniger als 85. Infolge dessen dauerte die Eröffnung und Bekanntgabe der Preise 2 1/2 Stunden. Für Los 1 betrug die höchste Forderung 1 272 049,50 M, die niedrigste 617 795,90 M, für Los 2 die höchste Forderung 1 114 584 M, die niedrigste Forderung 596 483,50 M, für Los 3 349 281 M die höchste, 147 031,50 M die niedrigste Forderung, für Los 5 175 905,75 M die höchste, 73 671,80 M die niedrigste Forderung, für Los 6 (Nahebrücke) 364 635 M die höchste, 168 820 M die niedrigste Forderung, Los 2, die Rheinbrücke, ist bereits vergeben. Da die niedrigste Forderung in allen Fällen die Hälfte der Höchstforderung beträgt, in drei Fällen erheblich weniger, kann man sich nicht gut denken, wie diese Summen sich zusammensetzen mögen.

Einen unglaublichen Submissionsstempel berichtet das Stuttgarter „Freie Tageblatt“. Die Bauleitung hatte kürzlich eine Reihe von Arbeiten für den Neubau der Städtischen Markthalle in Stuttgart ausgeschrieben, für die schriftliche Angebote bis Freitag, den 10. Oktober d. J., vormittags 11 Uhr, um welche Zeit auch die Eröffnung stattfand, einzureichen waren. Unter diesen Arbeiten befanden sich auch Zimmerarbeiten (Brisolage), die im Einzelpreisverfahren zur Vergebung kamen. Darauf wurden 12 Angebote gemacht, die ungefähr 140 Prozent Differenz zwischen dem höchsten und niedrigsten Angebot aufwiesen! Sie stammten alle von Groß-Stuttgarter Unternehmern und schwanken zwischen 5538 M und 13 380 M. Was unter 9000 M ist (6 Angebote), ist nach dem Urteil von Sachverständigen direkt Schadenarbeit. Die „Deutsche Gewerbe- und Handwerker-Zeitung“ schreibt zu dem Fall:

„Angesichts dieses Submissionsunfugs gibt es nur zwei Erklärungen: entweder sind diese unerhörten Unterbietungen ein Beweis dafür, daß die Betreffenden von Kalkulation nichts, gar nichts verstehen, oder sie sind völlig außerstande, solche meißternmäßige Arbeit zu liefern. Im ersteren Falle ist bei gutem Material und einwandfreier Arbeit — je nach der Offerte — mit einem reinen Verlust von mindestens 1000—4000 M zu rechnen; im letzteren Falle, d. h., wenn die Bewerber zwar richtig kalkulieren können, aber trotzdem unterbieten, bleibt nichts anderes als die Annahme übrig, daß man sich auf andere Weise zu helfen sucht, also eine Arbeiterkette, die meißternmäßigen Anforderungen nicht standhalten vermag. Man verläßt sich dann eben darauf, daß minderwertige Arbeit bei der Abnahme durchschlägt. Die Differenzen sind um so krasser, wenn man sich die überaus kurze Lieferfrist — vier Wochen — und sonstige ungünstige Umstände, die dabei in Betracht kommen, vergegenwärtigt. Einige Submittenten sind überdies im Hinblick auf ihre Verhältnisse gar nicht imstande, diese Arbeit in so kurzer Zeit zu liefern. Bedenkt man, was man in den letzten Jahren unseren Bauhandwerkern gerade im Submissionswesen alles vor Augen geführt hat, was ihnen von ihren Organisationen, von den Handwerkskammern, im Parlament usw. gepredigt worden ist — so steht man einfach vor einem Rätsel und kann nur voll Empörung ausrufen: O Jammer, o Schande und Schmach! Zimmerhandwerk, verhandle beim Haupt!“

Es muß aber anscheinend noch schlimmer kommen, ehe es besser wird.

Bücherchau

Schwarz-Weiß-Rot-Vollkalender. Im Verlage der Vaterländischen Verlags- und Anstaltsgesellschaft, Berlin SW. 61, Johannerstraße 6, ist der bekannte Schwarz-Weiß-Rot-Kalender erschienen, der es sich zum Ziel gesetzt hat, ein Gegengewicht gegen die sozialdemokratischen Vollkalender zu sein. Seine gediegene Ausstattung und seine vollständige Art dürften ihm diese Aufgabe erleichtern. Wir heben aus dem Inhalt hervor: Blüchers Rheinübergang in der Neujahrsnacht 1814. Von Generalleutnant z. D. Ritzmann. Mit Bildern: Der Vortrupp Blüchers erblickt den Rhein bei Caub von Lang und Blüchers Rheinübergang von Camphausen. — In den Sanggräben von Düppel. Erzählung von Joh. Wolf. Mit Bild: „Die Erstürmung der Düppeler Schanzen“. Von W. Camphausen. — Des alten Kaisers Tod und letzte Fahrt. Von E. Doerschel. — Die Geschichte des Westfriedens. Von P. Julius Berner. — Das wahre Gesicht der Sozialdemokratie. Von Paul Rißler. — Erdbis und Sozialdemokratie. Von P. D. Weber-W. Gladbach. — Doppelzüngigkeit der Sozialdemokratie. — Nicht Klassenkampf, sondern Volksgemeinschaft. Von F. Baltrusch. — Arbeit — nicht Almosen. Von E. J. Lemmermann. — Bergmannslied. — Die Kornerte. Gedicht von von Savenach-Carolath. — Ein Stückchen eigne Gotteserde. Von Oberinspektor Dieber. — Ein Trübsal und Wehruf unseres Kaisers. Von P. Schlegelmilch. — Verzählung des Arbeitslohnes. Von Referendar Dr. Ohent. — Niederreißt sich: 100 Stüd. 7 M. Porto und Verpackung frei. Einzelne Exemplare kosten 10 Pf., 50 Exemplare 4 M. Bei Bestellungen unter 100 Exemplaren wird Porto angerechnet, und kann die Zusendung nur per Nachnahme erfolgen.

Arbeiter-Taschenbuch für das Jahr 1914. Her ausgegeben von dem Kartellverband katholischer Arbeitervereine West-, Süd- und Ostdeutschlands. 264 Seiten. Preis kartoniert 40 Pf., gebunden in Leinwand 50 Pf., von Vereinen in Partien bezogen billiger. Verlag der Germania A. G., Berlin C. 2, Stralauer Straße 23.

